



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT

HANDEL &
MARKT

TECHNIK



UNTERNEHMEN

★★★ DAS WICHTIGSTE VOM TAGE AUF EINEN BLICK ★★★

STROM

61,85 €/MWh

EpeX Spot DE-LU Day Base

GAS

38,1 €/MWh

EEX Spot THE (End of Day)

ZAHL DES TAGES

3.600

Meter bis 4.000 Meter sollen die Bohrungen im Geothermie-Projekt Laufzorn II in die Tiefe gehen

IT

Noch Probleme bei Umsetzung des 24-Stunden-Lieferantenwechsels

F&E

Wie Tröpfchen im Gas die Wasserstoffproduktion bremsen

VERBÄNDE

Bundesverband E-Mobilität stellt Insolvenzantrag

Inhalt

TOP-THEMA

→ **KLIMASCHUTZ:** Energiewendemonitor zeigt Defizite bei Wasserstoff und Wärme auf

POLITIK & RECHT

- **RECHT:** Weiter kein Grünstrom für Gasförderung vor Borkum
- **WASSERSTOFF:** Verbände erneuern Ruf nach EU-Wasserstoffallianz
- **NIEDERSACHSEN:** Minister: Bund soll Stromnetze finanzieren
- **ÖSTERREICH:** Elektrizitätswirtschaftsgesetz: Beschluss vor Sommer fraglich

HANDEL & MARKT

- **IT:** Noch Probleme bei Umsetzung des 24-Stunden-Lieferantenwechsels
- **GAS:** LNG-Terminal Wilhelmshaven II nimmt Betrieb auf
- **STATISTIK DES TAGES:** Entwicklung der Energiekosten für Privathaushalte

TECHNIK

- **F&E:** Wie Tröpfchen im Gas die Wasserstoffproduktion bremsen
- **GEOTHERMIE:** Im Süden von München wird wieder gebohrt

UNTERNEHMEN

- **VERBÄNDE:** Bundesverband E-Mobilität stellt Insolvenzantrag

- **IT:** Künstliche Intelligenz löst Kernkraft ab
 - **IT:** 2G Energy schafft weiteren Geschäftsbereich
 - **LADEINFRASTRUKTUR:** Vattenfall plant Schnellladesäulen an 124 Standorten
 - **WÄRME:** Ein Wärmeverbund für Konstanz
 - **BILANZ:** EVN zum Halbjahr 2024/25 mit besseren Zahlen
 - **PERSONALIE:** Jörg Waniek neuer Chef des Braunkohleverbands
 - **PERSONALIE:** Nextwind beruft Lisa-Sophie Kleiss zur CFO
-

MARKTBERICHTE

- **MARKTKOMMENTAR:** Festere Notierungen bei reduzierter Liquidität im Markt
-

SERVICE

- **ENERGIEDATEN**
- **STELLENANZEIGEN**
- **REDAKTION**
- **IMPRESSUM**

★ TOP-THEMA

Energiewendemonitor zeigt Defizite bei Wasserstoff und Wärme auf



Quelle: Fotolia / PhotographyByMK

KLIMASCHUTZ. Der BDEW und EY haben ihren aktuellen Fortschrittsmonitor zur Energiewende veröffentlicht. Die Analyse zeigt Erfolge, aber auch politischen Handlungsbedarf, vor allem im Wärmesektor.

Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) hat gemeinsam mit dem Beratungsunternehmen EY (Ernst & Young) die dritte Ausgabe des „Fortschrittsmonitors Energiewende“ vorgelegt. Die Veröffentlichung erfolgte am 26. Mai, noch vor dem geplanten offiziellen Monitoring der neuen Bundesregierung und bietet eine Vielzahl belastbarer Kennzahlen zum aktuellen Stand der Energiewende in Deutschland.

Laut der Analyse hat die Energiewende im Jahr 2024 wichtige Fortschritte gemacht. So lag der Anteil erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch bei 55 Prozent. Die Treibhausgasemissionen des Energiesektors konnten im Vergleich zu 1990 um 61 Prozent reduziert werden. Gleichzeitig mahnt der Bericht dringenden politischen Handlungsbedarf an – etwa beim Ausbau steuerbarer Kraftwerke, beim Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft und bei der Weiterentwicklung des Strommarktdesigns.

Die BDEW-Hauptgeschäftsführerin Kerstin Andreae kommentierte, die Energiebranche sei auf einem guten Weg, doch das Ziel der Klimaneutralität sei noch lange nicht erreicht. „Die Bundesregierung muss den Ausbau der Erneuerbaren konsequent beschleunigen, Investitionsanreize für flexible Erzeugungsformen schaffen und die Rahmenbedingungen für Wasserstoff verbessern“, forderte sie.

Auch EY-Partner Metin Fidan betont die Bedeutung eines tragfähigen Gesamtkonzepts. Dazu zählten eine klare Kraftwerksstrategie, der gleichzeitige Ausbau von Erneuerbaren und Netzen sowie marktdienliche Anreize für Speicher, Wärmepumpen und E-Fahrzeuge.

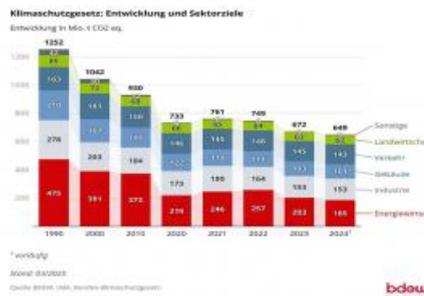
Besonders dynamisch entwickelte sich 2024 der Ausbau der Photovoltaik mit 17.000 MW zusätzlicher Leistung. Die Windenergie hinkte dagegen weiter hinterher – sowohl an Land als auch auf See. Zwar verbesserten sich die Genehmigungsverfahren leicht, jedoch bleibt laut Fortschrittsmonitor die Flächenausweisung ein zentrales Hindernis. Die Einhaltung der sogenannten Zwei-Prozent-Regelung ist aus Sicht der Autorinnen und Autoren notwendig, um Planungssicherheit für die Branche zu schaffen.

Die Analyse unterstreicht die wachsende Bedeutung dezentraler Flexibilitäten. Der Einsatz von Speichern, Wärmepumpen und Elektrofahrzeugen werde für ein stabiles Gesamtsystem immer wichtiger. Auch die

Digitalisierung des Energiesystems komme voran – der Rollout intelligenter Messsysteme wurde 2024 beschleunigt, reiche aber noch nicht aus. Ein zukunftsfähiges Strommarktdesign müsse entwickelt werden, das flexible Erzeugung und Verbrauch marktwirtschaftlich anreizt, fordert der Monitor.

Der Bericht kritisiert auch die schleppende Entwicklung der Wasserstoffwirtschaft. Von den bis 2030 geplanten 10.000 MW Elektrolyseleistung seien erst 1.600 MW gesichert. Ohne zügige Anpassung regulatorischer Vorgaben drohe das Ziel der Dekarbonisierung von Industrie und Energieversorgung zu scheitern.

Netzbetreiber stehen vor steigenden Investitionen, benötigen laut BDEW jedoch einen robusten Regulierungsrahmen und wettbewerbsfähige Kapitalverzinsung. Nur so lasse sich der notwendige Netzausbau finanzieren und mit dem Ausbau der Erneuerbaren synchronisieren. Im Wärmesektor stagnierte der Anteil erneuerbarer Energien bei rund 18 Prozent. Der Absatz von Wärmepumpen ist 2024 aufgrund politischer Unsicherheiten deutlich eingebrochen. Um das Ziel von 500.000 neu installierten Wärmepumpen pro Jahr zu erreichen, seien stärkere Anreize und ein verlässlicher politischer Rahmen erforderlich. Auch die Verkehrswende komme nicht voran, so der Bericht. Trotz großen Fortschritten beim Ladesäulenausbau sei der Absatz an Elektroautos rückläufig. Auch ohne staatliche Förderung wurden rund 32.000 neue Ladesäulen 2024 errichtet, womit die installierte Ladeleistung inzwischen 8.400 MW erreicht habe. Das Auslaufen nationaler Förderprogramme habe sich jedoch unmittelbar negativ auf den Verkauf von E-Fahrzeugen ausgewirkt. „Das Tempo muss in vielen Bereichen deutlich erhöht werden, wenn die Klimaneutralität bis 2045 gelingen soll“, fordert Andreae von der neuen Bundesregierung.



Senkung der deutschen Treibhausgasemissionen nach Sektoren seit 1990 -- Für Vollansicht bitte auf die Grafik klicken.

Quelle: BDEW

Der vollständige [Energiewendemonitor 2025](#) steht im Internet bereit. // VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG

E&M Leserbefragung 2025

...weil Ihre Meinung wichtig für uns ist !

Jetzt teilnehmen



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

POLITIK & RECHT



Quelle: Fotolia / vege

Weiter kein Grünstrom für Gasförderung vor Borkum

RECHT. Das Seekabel vom Windpark Riffgat zur Gasplattform vor Borkum kann aus wasserschutzrechtlicher Sicht nach einem Urteil verlegt werden. Doch die naturschutzrechtliche Genehmigung fehlt.

Sieg im Rechtsstreit um das Seekabel zur Erdgasförderplattform vor Borkum für den niederländischen Energiekonzern One-Dyas: Das Verwaltungsgericht Oldenburg hat dessen Rechtsschutzantrag stattgegeben und die „Vollziehbarkeit der wasserrechtlichen Genehmigung“ für das Stromkabel angeordnet (Az.: 1 B 2570/25). Das Gericht weist darauf hin, dass zudem „eine eigenständige naturschutzrechtliche Zulassung erteilt werden“ müsse.

Dem Gas- und Ölexplorationsunternehmen fehlt noch eine Befreiung nach Paragraph 67, Absatz 1 des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG). Die 1. Kammer des Verwaltungsgerichts erachtet dies, wie es in einer Mitteilung der Justizbehörde heißt, als „das Trägerverfahren für die weitere Prüfung der Eingriffsregelung“. Konkret geht es um den „Eingriff in Natur und Landschaft“, der sich aus der Trassenführung durch gesetzlich geschützte Biotope nach Paragraph 30 des BNatSchG – insbesondere den Biototyp „Steiniges Riff des Sublitorals“ und den „Lebensraumtyp 1170“ nach der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-LRT „Riffe“) – ergebe.

Umweltschützer wollen rechtliche Mittel ausschöpfen

Das juristische Gezerre reicht zurück auf die wasserrechtliche Genehmigung des Seekabels durch den Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz vom Oktober 2022. Gegner des Energiekonzerns ist die Deutsche Umwelthilfe. Die DUH erhob im Juli 2024 Klage, zudem reichte sie Rechtsbehelfe gegen zwei naturschutzrechtliche Befreiungen ein.

Die niedersächsische Landesbehörde hatte 2022 die „Wirksamkeit“ der Befreiungen von der „Vollziehbarkeit“ der wasserrechtlichen Genehmigung abhängig gemacht. Die 5. Kammer des Oldenburger Verwaltungsgerichts war aber 2024 zu der Auffassung gelangt, die Anforderungen der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung, die im Rahmen des wasserrechtlichen Verfahrens zu prüfen sei, würden nicht eingehalten. One-Dyas hatte daraufhin eine „Änderungsgenehmigung“ beantragt.

Ein Gericht, zwei Kammern, unterschiedliche Sichtweisen

Die Wasserwirtschaftsbehörde erteilte im März 2025 diese Genehmigung, erklärte sie allerdings „nicht für sofort vollziehbar“. Begründung: Der gerichtliche Beschluss der 5. Verwaltungskammer stehe dem entgegen. Die inzwischen zuständige 1. Kammer hat nun den Beschluss der 5. Kammer geändert und die sofortige Vollziehung der Änderungsgenehmigung vom März angeordnet. Und dabei, wie es die DUH formuliert, die naturschutzfachliche Befreiung „ausgeklammert“.

„Wir werden weiter alle rechtlichen Mittel ausschöpfen, um den Bau des Seekabels zu verhindern“, betont der Bundesgeschäftsführer der DUH, Sascha Müller-Kraenner, in einer Pressemitteilung. Der Bau des Kabels sei weiterhin nicht möglich, kommentiert er die Gerichtsentscheidung.

Unterstützung erhält die Organisation von der Stadt. „Noch ist es Zeit, die Schaffung unumkehrbarer Fakten durch One-Dyas zu verhindern“, wird Borkums Bürgermeister, Jürgen Akkermann, zitiert.

Gasgeschäft mit weniger Treibhausgas-Emissionen

One-Dyas will über das Seekabel Strom für seine rund 20 Kilometer vor Borkum installierte Erdgasförderplattform N05-A beziehen. Der Strom soll vom Windpark Riffgat kommen, das Kabel eine Länge von acht Kilometern haben. Eigentümer des Windparks, der seit 2014 in Betrieb ist, ist das Oldenburger Energieunternehmen EWE.

Jörg Buddenberg, Berater des Vorstandes und Leiter des Center Offshore der EWE-Aktiengesellschaft, wies bei einer Veranstaltung der Organisation „Forum für Zukunftsenergien“ auf den Klimaschutz durch den Grünstrom hin. Durch diese Art der Elektrifizierung der N05-A-Plattform, die EWE und One-Dyas mit einem Power Purchase Agreement realisieren werden, würden zusätzliche 85 Prozent weniger Treibhausgas emittiert, erklärte er laut Pressemitteilung der Veranstalter.

Der Chef von One-Dyas, Chris de Ruyter van Steveninck, prognostizierte bei dieser Veranstaltung, dass Europa, aber vor allem Deutschland und die Niederlande noch etwa zwei Dekaden benötigen, um sich von den Fossilen zu emanzipieren. Das potenzielle Fördervolumen bezifferte er laut Mitteilung auf 50 bis 60 Milliarden Kubikmeter Gas, die zu gleichen Teilen nach Deutschland und die Niederlande geliefert werden sollen. // **VON MANFRED FISCHER**

[^ Zum Inhalt](#)

Verbände erneuern Ruf nach EU-Wasserstoffallianz



Quelle: Fotolia / Stauke

WASSERSTOFF. Ein Zusammenschluss von Verbänden fordert erneut eine europäische Wasserstoffallianz – diesmal mit Fokus auf die deutsch-französische Zusammenarbeit.

Eine breite Koalition aus Energie-, Industrie- und Technologieverbänden hat ihre Forderung nach einer europäischen Wasserstoffallianz bekräftigt. Die beteiligten Organisationen sehen in der derzeit intensivierten Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich im Energiebereich eine Gelegenheit, ein Wasserstoff-Bündnis auf europäischer Ebene anzustoßen. Ziel ist es, den Hochlauf von grünem und kohlenstoffarmem Wasserstoff voranzutreiben und einen gemeinsamen Markt unter einheitlichen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Bereits am 23. Mai hatte der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) gemeinsam mit

weiteren Branchenverbänden angeregt, eine europäische Initiative zur Wasserstoffpolitik ins Leben zu rufen (wir berichteten). Der aktuelle Vorstoß knüpft zudem an eine gemeinsame Erklärung vom 25. März an. In dieser hatten die Verbände an die Bundesregierung appelliert, die im Koalitionsvertrag angekündigte europäische Wasserstoffinitiative zügig umzusetzen. Eine institutionalisierte „Wasserstoffallianz“ existiert bislang nicht – sie ist das politische Ziel der Unterzeichner der Erklärung.

Die aktuelle Veröffentlichung verweist auf das 75-jährige Jubiläum der Schuman-Erklärung und stellt den Appell damit in den historischen Kontext der europäischen Integration. Der Aufbau einer strategisch angelegten Wasserstoffwirtschaft könne ein neues Kapitel europäischer Zusammenarbeit einläuten, so die Verbände. Zum Hintergrund: 1950 hatte Frankreichs Außenminister Robert Schuman eine gemeinsame Verwaltung von Kohle und Stahl auf Europa-Ebene vorgeschlagen. Daraus entwickelte sich die europäische Gemeinschaft. Nun soll Wasserstoff eine ähnliche Rolle für die Energiepolitik spielen.

Einheitliche Regeln und Infrastruktur gefordert

Inhaltlich fordern die Verbände einen einfachen und technologieoffenen Regulierungsrahmen für die Wasserstoffwirtschaft auf EU-Ebene. Bestehende Vorgaben zur Stromherkunft, zu Importkriterien sowie zur Bewertung der Treibhausgasbilanz von Wasserstoff seien aus Sicht der Branche hinderlich und müssten überarbeitet werden. Zusätzlich brauche es einheitliche Zertifizierungsstandards für Herkunft und Qualität sowie einen beschleunigten Ausbau der Wasserstoffinfrastruktur – sowohl im Netzbereich als auch bei den Importkapazitäten.

Die Verbände betonen einmal mehr, dass das Zielbild einer erneuerbaren Wasserstoffwirtschaft nur mit einem koordinierten Hochlauf von erneuerbaren und kohlenstoffarmen Molekülen erreichbar sei. Neben dem Klimanutzen stünde auch die geopolitische Komponente im Fokus: Ein europäischer Wasserstoffmarkt könne Versorgungssicherheit und Resilienz steigern sowie die internationale Wettbewerbsfähigkeit Europas sichern.

Deutschland und Frankreich, so der gemeinsame Appell, trügen als größte Volkswirtschaften der EU eine besondere Verantwortung. Eine enge Partnerschaft in der Wasserstoffpolitik könne wichtige Impulse für die europäische Energietransformation geben. Die Bundesregierung müsse, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, eine aktive Rolle bei der Initiierung einer solchen europäischen Allianz übernehmen – idealerweise gemeinsam mit Frankreich.

Zu den unterzeichnenden Organisationen des Appells gehören neben dem BDEW auch der Deutsche Verein des Gas- und Wasserfaches (DVGW), der Deutsche Wasserstoff-Verband (DWV), der Technikverband „figawa“ sowie die Vereinigung der Fernleitungsnetzbetreiber Gas (FNB Gas). Weitere Unterstützer sind unter anderem Hydrogen Europe, die Wirtschaftsvereinigung Stahl (WV Stahl), der Wirtschaftsverband Fuels und Energie (En2X), der Verband der Chemischen Industrie (VCI), der Verband der Automobilindustrie (VDA), der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA), der Verband der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft (VIK) und der Verband kommunaler Unternehmen (VKU). // VON DAVINA SPOHN

[^ Zum Inhalt](#)

Minister: Bund soll Stromnetze finanzieren



Quelle: Fotolia / fotolium

NIEDERSACHSEN. Der Ausbau des Stromnetzes sollte nach Ansicht von Niedersachsens Energieminister Christian Meyer nicht mehr über die Netzentgelte von den Verbrauchern bezahlt werden.

„Die Strompreise müssen deutlich sinken“, sagte der Grünen-Politiker. „Öffentliche Leistungen wie die Stromnetze sollten daher auch allgemein durch den Bundeshaushalt finanziert werden, wie Straßen und Schienen auch.“ Die Netzentgelte machen mittlerweile gut ein Viertel des Strompreises aus.

Die von der Bundesnetzagentur angestoßene Diskussion über eine Reform der Netzentgelte begrüßte Meyer, da sie den Strom dank der Energiewende günstiger machen könne. „Die aktuellen Regeln stammen vielfach noch aus Zeiten, in denen konventionelle Großkraftwerke unsere Stromversorgung dominiert haben“, sagte der Minister. Wenn man die Systematik aber auf ein erneuerbares Stromsystem ausrichte, könnten die Kostenvorteile der Erneuerbaren stärker bei Unternehmen und Verbrauchern ankommen.

Meyer für regional unterschiedliche Netzentgelte

Auch für eine Einspeisegebühr, die Stromproduzenten entrichten müssen, ist Meyer prinzipiell offen. „Völlig falsch wäre jedoch, hier bei den Erneuerbaren zu starten, wo aktuell unklar ist, wie die Vergütung ab 2027 erfolgen wird“, sagte er. „Ein solches Instrument sollte vielmehr im Bereich der konventionellen Kraftwerke erprobt und in den Gesamtkontext des künftigen Strommarktdesigns eingepasst werden.“ Damit könne man zu einer gerechteren Verteilung der Netzkosten beitragen.

Die Netzentgelte sollten zudem regional differenziert werden, forderte der Grünen-Politiker. „Das gilt insbesondere dann, wenn die Bundesregierung weiterhin unbeirrt an einer einheitlichen Strompreiszone festhalten will.“

Mit unterschiedlichen Zonen für die Netzentgelte könne man genau dort Anreize für den Umstieg auf Wärmepumpen und Elektroautos setzen, wo der Anteil der Erneuerbaren besonders hoch ist, sagte Meyer. Netzentgeltzonen könnten somit den Klimaschutz voranbringen und Engpässe im Netz entlasten. // VON DPA

[^ Zum Inhalt](#)

Elektrizitätswirtschaftsgesetz: Beschluss vor Sommer fraglich



Quelle: Fotolia / Yul

ÖSTERREICH. Die Bundesregierung will Österreichs zentrales Energiegesetz zügig in Begutachtung bringen. Das betonte Staatssekretärin Zehetner anlässlich der Tagung der Landesenergiereferenten.

Ob das Elektrizitätswirtschaftsgesetz (EIWG) noch vor dem Sommer vom österreichischen Bundesparlament beschlossen werden kann, ist ungewiss. Das konstatierte die für Energiepolitik zuständige Staatssekretärin im Wirtschaftsministerium (BMWET), Elisabeth Zehetner von der konservativen Österreichischen Volkspartei (ÖVP), am 23. Mai bei einer Pressekonferenz. Anlass war eine Tagung der Landesenergiereferenten in Wien.

Die Landesenergiereferenten - sie können auch als Landesräte titeln - sind die für Energiepolitik zuständigen Mitglieder der Regierungen der neun österreichischen Bundesländer. Auf Nachfrage der Redaktion erläuterte Zehetner, vorgesehen sei, das EIWG jedenfalls noch vor dem Sommer in die parlamentarische Begutachtung zu bringen: „Bezüglich eines Beschlusses möchte ich mich aber nicht festlegen.“ Zehetner bestätigte den bereits bekannten Plan der Regierung, auch das Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungs-Gesetz (EABG) und das Erneuerbares-Gas-Gesetz (EGG) zügig im Parlament einzubringen. Den Beschluss dieser Normen strebt sie jedoch erst für Herbst an.

Wie mehrfach berichtet, hatte die Regierung geplant, alle drei Gesetze vor der Sommerpause des Parlaments beschließen zu lassen. Dessen letzte Sitzung vor den Parlamentsferien ist für den 9. bis 11. Juli anberaumt.

Die Regierung braucht Oppositionsstimmen

Der Beschluss der Gesetze bedarf einer Zweidrittelmehrheit. Aus diesem Grund benötigt die Regierung aus der ÖVP, den Sozialdemokraten (SPÖ) und den Liberalen (Neos) die Zustimmung der rechtsgerichteten Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) oder der Grünen, des ehemaligen Koalitionspartners der ÖVP. Zehetner rechtfertigte das Vorgehen damit, dass hinsichtlich der drei Gesetze Tempo ebenso gefragt sei wie Substanz, nicht zuletzt, um die Zweidrittelmehrheit zustande zu bringen. Ein wesentliches Ziel bestehe darin, „leistbare Energie“ für die Wirtschaft und die Bevölkerung bereitzustellen. Ein weiteres Ziel sei, den Energieunternehmen und ihren Zulieferern sowie den Kunden Planungssicherheit zu bieten.

Von der Redaktion auf die massive Kritik des Dachverbands Erneuerbare Energie Österreich (EEÖ) an der Säumigkeit der Bundesländer bei der Umsetzung der Erneuerbaren-Richtlinie der EU (RED III) angesprochen, beschied der Wiener Landesenergiereferent Jürgen Czernohorszky (SPÖ): „Ich als Gastgeber kann nicht für alle meine Kollegen sprechen.“ Wien sehe sich jedenfalls als Vorreiter bei der Energiewende und bemühe sich, diese voranzubringen. Und im Wesentlichen seien sich die Bundesländer hinsichtlich der Notwendigkeit der Energiewende ja einig.

In manchen Fragen gehen die Auffassungen allerdings erheblich auseinander, bestätigte die Energiereferentin des Burgenlands, Anja Haider-Wallner (Grüne). So habe es bei der Tagung keine Einigung hinsichtlich der Finanzierung des Stromnetz-Ausbaus gegeben. Im Burgenland, das stark auf die Errichtung von Windparks und Solarkraftwerken setzt, müssten auch die Netze entsprechend ertüchtigt und erweitert werden. Die Kosten dafür habe die regionale Bevölkerung zu tragen - dies sei „unfair“, weil letztlich ganz Österreich vom aus dessen Sicht überproportional großen Beitrag des Burgenlands zur Energiewende profitiere. Haider-Wallner forderte daher die Etablierung eines österreichweiten Infrastrukturfonds. Für einen solchen hatten sich schon vor der Tagung Vertreter des Bundeslands Oberösterreich ausgesprochen. Andere Bundesländer lehnen einen solchen Fonds und damit die Sozialisierung der Netzausbaukosten über ganz Österreich hinweg vehement ab. Sie argumentieren, dass damit ihre jeweilige Bevölkerung belastet würde.

Vage Aussagen zu EU-Verbot für „Russengas“

Ein weiteres Thema bei der Tagung der Energiereferenten war die EU-Vorgabe, nationale Pläne für einen eventuellen Rückbau der Gasnetze zu erarbeiten. Der Wiener Landesenergiereferent Czernohorszky berichtete, der Bund und die Länder hätten sich diesbezüglich auf die Ausarbeitung einer gemeinsamen Strategie verständigt. Zum Zeitplan sowie möglichen Inhalten äußerte sich der Landespolitiker trotz mehrfacher Nachfrage nicht.

Zu dem Plan der EU-Kommission, Gasimporte aus Russland mit Jahresende 2027 vollständig zu verbieten, teilte Staatssekretärin Zehetner der Redaktion mit, Österreich werde die Auswirkungen des endgültigen Vorschlags sehr genau prüfen. Keinesfalls dürfe der Verzicht auf russisches Gas zu Mehrkosten für die österreichische Wirtschaft und die Bevölkerung führen. Ob Österreich gegen einen allfälligen Beschluss für einen Importstopp sein Veto einlegen wird, ist laut Zehetner offen. Bekanntlich hatte der slowakische Premierminister Robert Fico einen solchen Schritt in Aussicht gestellt. // VON KLAUS FISCHER

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

HANDEL & MARKT



Quelle: Fotolia / Nmedia

Noch Probleme bei Umsetzung des 24-Stunden-Lieferantenwechsels

IT. Die Umsetzung des 24-Stunden-Lieferantenwechsels bringt Versorger und IT-Dienstleister einmal mehr an ihre Grenzen. Umfragen zeichnen unterschiedliche Bilder.

Der Termin steht. Am 6. Juni läuft die Frist für die operative Umsetzung des 24-Stunden-Lieferantenwechsels (LFW24) ab. Dass die Bundesnetzagentur den Termin ein weiteres Mal verschiebt, dafür gibt keine Signale, auch wenn nicht wenige Energieversorger dann aufatmen würden. „Die Beschlusskammer geht davon aus, dass alle betroffenen Akteure – Netzbetreiber, Lieferanten und insbesondere auch Software-Lieferanten – das von dieser Verlängerung ausgehende Signal verstehen und die nun verbleibende Zeit mit allen zur Verfügung stehenden Kräften nutzen werden“, machte die Bundesnetzagentur bei der Verschiebung im Dezember vergangenes Jahr Druck.

„Wir ziehen das jetzt durch“

Druck, mit dem Versorger und IT-Unternehmen unterschiedlich gut zurechtkommen. „Wir ziehen das jetzt durch, wir sind fleißig beim Updaten und stellen uns darauf ein, Wochenendbereitschaft zu machen“, sagt Thomas Elbe. Elbe arbeitet für den IT-Dienstleister Kraftwerk in Halle und ist Vorstandsmitglied im Edna Bundesverband Energiemarkt und Kommunikation. Der Verband hat Anfang des Jahres eine Projektgruppe ins Leben gerufen, in der sich Software-Unternehmen austauschen, um einen möglichst reibungslosen Start des LFW24 hinzubekommen. Mit dabei bei in der Projektgruppe sind laut Edna alle namhaften einschlägigen Software-Anbieter – außer dem Branchenriesen SAP. 53 Unternehmen sind es insgesamt, darunter eine Reihe Stadtwerke, plus eine Einkaufsgenossenschaft kleinerer Energieversorgungsunternehmen.

Anfang Mai startete Thomas Elbe eine Online-Umfrage in der Projektgruppe, von 70 angeschriebenen Personen haben 14 geantwortet. So wenig repräsentativ das Ergebnis ist, so aufschlussreich scheint das Gesamtbild, das die Antworten zeichnen. Danach dürfte die sogenannte Marktlokations-Identifikation in den meisten Fällen zum Stichtag funktionieren. Zehn Umfrageteilnehmer antworteten mit Ja, 4 mit Nein. Jeweils ausgeglichen fielen die Ja- und Nein-Antworten bei der Frage nach der Umsetzung der neuen EBDs für die Prozessabläufe und die Frage nach den Prozessen zur Umstellung von asynchronen zur synchronen Strombilanzierung (MaBiS) aus.

Nach der Prozessabbildung für Änderungsmeldungen (UTILMD) zwischen den Marktpartnern gefragt, winkten die meisten ab. Zehn klickten Nein an, vier Ja. Vierzehn Mal bejaht wurde die Frage, ob es zum 6. Juni Punkte zur Umsetzung geben wird.

Obgleich offenbar noch einiges zu tun ist, spricht sich Elbe gegen eine weitere Verschiebung aus. „Wo soll es hinführen, wenn wir verlängern“, gibt er zu bedenken. Besser wäre es aus seiner Sicht, wenn die Bundesnetzagentur Zyklen für solche Änderungen ins Auge fassen würde. Sinnvoll wäre, im Frühjahr neue Software aufzusetzen und in einem zweiten Schritt dann bis Herbst Schwachstellen zu beseitigen. Kritik, was den LFW24 angeht, übt er am BDEW. Ein großes Problem sei gewesen, dass man anfangs lange keine Informationen vom Verband bekommen habe, sagt Elbe.

SAP-Anwendergruppe zeichnet düsteres Bild

Im Vergleich dazu düster stellt sich das Bild dar, das eine Umfrage der deutschsprachigen SAP-Anwendergruppe (DSAG) ergibt. 42 Unternehmen haben sich daran beteiligt, die laut einer Mitteilung der DSAG zusammen 26.311.543 Marktllokationen abdecken. Auf die Frage, ob die Vorgaben der Bundesnetzagentur fristgerecht umgesetzt werden können, antworteten 76 Prozent, dass dies nur mit Einschränkungen möglich sei. Knapp 17 Prozent bejahten und 7 Prozent verneinten die Fristwahrung. „Damit rechnen mehr als 83 Prozent der Befragten mit Problemen oder Einschränkungen – ein klares Warnsignal für die Branche und den Gesetzgeber“, betont die DSAG.

„Probleme erwarten die Unternehmen bei den Prozessen zum Lieferbeginn und zur Stammdatenpflege, aber auch bei der Marktllokationsidentifikation insbesondere an der Schnittstelle zwischen den Cloud-Lösungen, die die MaLo-Identifikation sicherstellen und den On-Premises-SAP-Systemen“, heißt es weiter. Und besonders werde aber von den Unternehmen auf Korrekturprozesse bei Fehlern mit hoher Komplexität verwiesen. // VON MANFRED FISCHER

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG



TeamViewer

Von spannendem Rennen bis Hochspannung.

teamviewer.com/workbetter

Für jeden digitalen Arbeitsplatz.
Make work **work better.**

LNG-Terminal Wilhelmshaven II nimmt Betrieb auf



Quelle: Die Anlandung der FSRU Excelsior in Wilhelmshaven am 28. April. Quelle: DET

GAS. In Wilhelmshaven hat eine weitere FSRU den Betrieb aufgenommen. Damit verfügt Deutschland jetzt über vier Terminals zum Import von verflüssigtem Erdgas.

Seit dem 28. April liegt die schwimmende Speicher- und Regasifizierungseinheit (FSRU) Excelsior in Wilhelmshaven vor Anker. Mit Datum vom 26. Mai hat sie offiziell den Betrieb aufgenommen. Deutschland verfügt damit nun insgesamt über vier Terminals zum Import von verflüssigtem Erdgas (LNG).

„Gas wird auf absehbare Zeit für unsere Energieversorgung von großer Bedeutung bleiben“, sagte Katherina Reiche (CDU) anlässlich der Inbetriebnahme. „Die Eröffnung des zweiten LNG-Terminals in Wilhelmshaven ist daher ein wichtiger Schritt, hin zu mehr Versorgungssicherheit, Diversifizierung der Energiequellen und Resilienz unseres Landes. Es ist ein großer Erfolg, dass das Terminal jetzt ans Netz gehen kann“, so die Bundesenergieministerin.

Wie auch das LNG-Terminal Wilhelmshaven I sowie das Terminal in Brunsbüttel wird das LNG-Terminal Wilhelmshaven II von der bundeseigenen Deutsche Energy Terminal GmbH (DET) betrieben. Einschließlich Planung und Genehmigung dauerte es rund zweieinhalb Jahre, bis es ans Netz gebracht werden konnte – nach Angaben der DET „nur etwa die Hälfte jener Zeit, die vergleichbare LNG- Großprojekte durchschnittlich in Anspruch nehmen“.

Projektpartner beim Bau des Terminals waren Engie Deutschland GmbH und Tree Energy Solutions B.V. (TES). Unterstützt wurden DET und die Projektpartner beim Bau von der Gasfin Group, die künftig das

Terminal-Management vor Ort übernimmt. Ans Fernleitungsnetz angebunden wird das Terminal über die Pipeline „WAL II“ der Open Grid Europe.

Noch offen ist indes, wann das vierte Terminal der DET am Standort Stade in Betrieb gehen kann. Ein Rechtsstreit verzögert hier den Start. Ebenfalls unklar ist, wie es am Standort Mukran weitergeht: Deutschlands bislang einziger privater LNG-Terminalbetreiber, die Deutsche Regas, betreibt hier eine FSRU. Den Chartervertrag für eine zweite Einheit hatte die Deutsche Regas im Februar unter Verweis auf angeblich unfaire Wettbewerbsbedingungen gekündigt, im April aber verlautbart, bis 2027 wieder eine weitere FSRU in Betrieb nehmen zu wollen (wir berichteten jeweils).

Angesichts der teilweise geringen Auslastung der bereits bestehenden Terminals und der Ausbaupläne wird immer wieder Kritik an einer potenziellen Schaffung von Überkapazitäten laut. Sprecher des Wirtschaftsministeriums verwies in der Reaktion darauf auf den Versorgungsauftrag des Ministeriums, der dazu verpflichtet, Kapazitäten auch für Krisenzeiten aufzubauen. // VON KATIA MEYER-TIEN

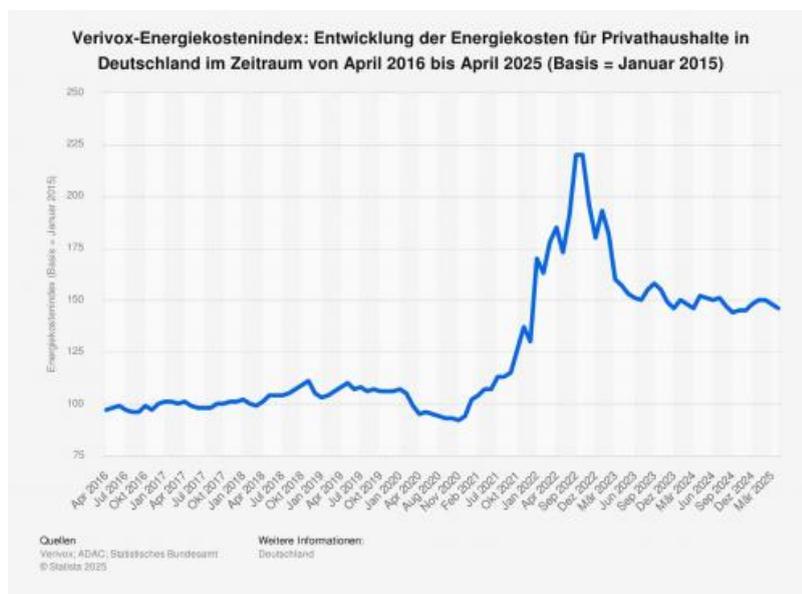
[^ Zum Inhalt](#)

Entwicklung der Energiekosten für Privathaushalte



Quelle: E&M / Pixabay

STATISTIK DES TAGES. Ein Schaubild sagt mehr als tausend Worte: In einer aktuellen Infografik beleuchten wir regelmäßig Zahlen aus dem energiewirtschaftlichen Bereich.



Zur Vollansicht bitte auf die Grafik klicken

Quelle: Statista

Die Energiekosten für Privathaushalte in Deutschland sind 2025 immer noch höher als vor dem Beginn des Krieges in der Ukraine: Laut dem Online-Verbraucherportal Verivox lag der Energiekostenindex im April 2025 bei 146. Im April des Vorkriegsjahres 2021 betrug dieser 97. Basis ist der Januar 2015. Berücksichtigt werden die Kosten für Heizung, Elektrizität und Mobilität. // VON REDAKTION

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

TECHNIK



Quelle: Fotolia / alphaspirt

Wie Tröpfchen im Gas die Wasserstoffproduktion bremsen

F&E. Gasblasen mit Flüssigkeitströpfchen behindern die elektrolytische Spaltung von Wasser. Eine Studie legt offen, wie sie die Effizienz der Elektrolyse und damit der H₂-Produktion mindern.

Ein deutsch-niederländisches Forschungsteam hat sich mit der Blasenbildung in Elektrolyseuren beschäftigt und nun neue Erkenntnisse in der 16. Ausgabe der Fachzeitschrift *Nature Communications* veröffentlicht. Die Studie legt offen, dass Wasserstoffblasen nicht nur aus Gas bestehen, sondern auch Tröpfchen des Elektrolyten einschließen – mit möglichen Folgen für die Effizienz des gesamten Verfahrens.

Koordiniert wurde das Projekt vom Helmholtz-Zentrum Dresden-Rossendorf – kurz HZDR. Dabei handelt es sich um eine Forschungseinrichtung in Sachsen, die sich unter anderem mit Fluidodynamik und Energietechnologien befasst. Beteiligt waren auch die Universität Twente (Niederlande) und die Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen.

Tröpfchen im Gas machen Strömungen sichtbar

Die Untersuchung zeigt, dass sich in den Gasblasen während der Elektrolyse winzige Tröpfchen der Elektrolytflüssigkeit befinden können – etwa aus Kalilauge, die häufig zum Einsatz kommt. Diese Tröpfchen wirbeln mit dem Wasserstoff durch die Blase und ermöglichen neue Einsichten in die Strömungsverhältnisse im Inneren.

„Wir konnten bisher nicht erkennen, wie sich das Gas in der Blase selbst bewegt. Erst die Tröpfchen machen diese Strömungen sichtbar“, lässt sich Gerd Mutschke in einer Mitteilung des HZDR zitieren. Möglich wurde das durch eine Kombination aus Licht- und Laserverfahren, bei denen die Tröpfchen als optische Marker dienen. Eine Kamera dokumentierte ihre Verteilung und Bewegung, ein Laser tastete zusätzlich die Strömungsrichtung ab.

Der erste Hinweis auf die Tröpfchenstruktur stammt aus Experimenten unter Schwerelosigkeit. Aleksandr Bashkatov, damals Doktorand am HZDR und später Postdoktorand an der Universität Twente, entdeckte die Tröpfchen während eines Parabelflugs, bei dem er Experimente zur Wasserstoffblasenbildung durchführte. Aufbauend auf seinen Beobachtungen führte das Team weitere Tests unter Normalbedingungen sowie

Computersimulationen durch, um die Mechanismen genauer zu untersuchen.

Flüssigkeit gelangt durch Mikrojets in die Blase

Während ihrer Tests beobachteten die Forscher, wie viele kleine Mikroblasen an der Elektrode zu einer größeren Blase verschmelzen. Dabei habe die Oberfläche Energie freigesetzt, die sich in Bewegung umwandelte. Diese Bewegung reiche aus, um die Trennschicht zwischen Gas und Flüssigkeit so stark zu verformen, dass ein feiner Flüssigkeitsstrahl – die Forscher sprechen von einem sogenannten „Mikrojet“ – in die Blase eindringt. Dort zerfällt der Flüssigkeitsstrahl in winzige Tröpfchen, die sich in der Strömung verteilen.

„Wir haben ein grandioses Grundlagenphänomen gefunden, dessen genaue Auswirkungen auf die Technologie wir zwar heute noch nicht quantifizieren können“, erklärt Prof. Kerstin Eckert, Direktorin des HZDR-Instituts für Fluidodynamik und Koordinatorin des Projekts. Klar sei aber, dass die Dynamik der Gasblasen bei allen Elektrolyseur-Typen eine wichtige Rolle spiele. „Es gibt also viel zu tun“, so Eckert. Die Ergebnisse könnten weitreichende Folgen für das Design von Elektrolyseuren haben.

Bedeutung für Elektrolyseur-Designs

Bisher galt die Gasblasenbildung vor allem als mechanisches Problem, das den Kontakt zwischen Elektrode und Elektrolyt unterbricht. Die neue Studie zeigt, dass auch der Transport von Flüssigkeit ins Blaseninnere eine Rolle spielen kann.

Elektrolyseure gelten als Schlüsseltechnologie für die Energiewende, insbesondere zur Produktion von grünem Wasserstoff. Doch derzeit benötigen sie noch große Mengen Strom, um Wasser effizient in Wasserstoff und Sauerstoff zu spalten. Jeder Ansatz, der helfe, den Wirkungsgrad zu verbessern, sei daher von großem technischen Interesse, so die Forscher.

Der Artikel „[Electrolyte droplet spraying in H2 bubbles during water electrolysis under normal and microgravity conditions](#)“ ist im Fachmagazin *Nature Communications* erschienen und im Internet abrufbar.

// VON DAVINA SPOHN

[^ Zum Inhalt](#)

Im Süden von München wird wieder gebohrt



Grünwalds Erster Bürgermeister Jan Neusiedl auf der Baustelle in Laufzorn. Quelle: Erdwärme Grünwald

GEOTHERMIE. Das Geothermie-Projekt Laufzorn II südlich von München soll bis zum Winter 2027/28 fertiggestellt werden. Es soll zur komplett CO2-freien Wärmeversorgung von Grünwald beitragen.

Das Geothermieunternehmen Erdwärme Grünwald beginnt mit den Bohrarbeiten für das Geothermie-Projekt Laufzorn II. Es befindet sich südlich der bayerischen Landeshauptstadt München. Ausgelegt ist der Bohrplatz auf sechs Bohrungen, die jeweils in Tiefen von 3.600 bis 4.000 Metern führen. Fachleute gehen davon aus, dass sie auf Tiefenwasser mit einer Temperatur von rund 130 Grad Celsius stoßen. Rund 200 Liter Wasser pro Sekunde sollen gefördert und zur Energieerzeugung genutzt werden.

Mit 150 Gästen feierte die Gemeinde Grünwald und das Unternehmen Erdwärme Grünwald den Beginn der Bohrarbeiten am 24. Mai mit der „Meißelweihe“. Die Bedeutung dieser Zeremonie unterstrich Grünwalds Erster Bürgermeister Jan Neusiedl: „Der Bohrmeißel, den wir heute weihen, und die große Baustelle, die wir

hier erleben, tragen dazu bei, dass unsere Gemeinde ihre Wärmeversorgung künftig komplett aus nachhaltiger, CO₂-freier Geothermie beziehen kann.“ Gesegnet wurde der Meißel vom katholischen Pfarrer Albert Zott und dem evangelischen Geistlichen Christian Stalter.

Investitionssumme in Höhe von 150 Millionen Euro

Die Bohrung soll abschnittsweise mit unterschiedlichen Bohrmeißeln erfolgen, die auf das jeweilige Gestein abgestimmt sind. Hauptsächlich kommen sogenannte Rollenmeißel zum Einsatz, bei denen gezähnte Kegelräder das Gestein beim Drehen zerschneiden. Je nach geologischen Gegebenheiten, können ergänzend PDC-Meißel (polycrystalline diamond cutter) oder Diamantmeißel eingesetzt werden.

Die Erdwärme Grünwald GmbH erweitert damit die bestehende Geothermieranlage Laufzorn. Die am Standort seit dem Jahr 2013 laufende Anlage wird den langfristigen Bedarf nicht mehr alleine decken können, teilte das Unternehmen im vergangenen Jahr mit (wir berichteten). Deshalb investiert die Gemeinde in die jetzt gestartete zweite Tiefenbohrung. Die Investitionssumme für die Erweiterung beziffert die Erdwärme Grünwald auf weitere 150 Millionen Euro. Davon sollen 61 Millionen Euro über das Förderprogramm für effiziente Wärmenetze (BEW) gefördert werden.

Das Geothermie-Projekt Laufzorn II soll bis zum Winter 2027/28 fertiggestellt werden. Nach dem Abschluss der letzten Bohrung und dem Abbau der Bohranlage kann voraussichtlich 2026 mit dem Bau des Heizwerks begonnen werden, teilte Erdwärme Grünwald weiter mit.

Die Erweiterung ist aufgrund der steigenden Nachfrage nötig, so das Geothermieunternehmen. Im Jahr 2022 war der Anschluss von 100 Haushalten geplant, tatsächlich wurden 423 neue Verträge abgeschlossen. Im Jahr 2023 schloss das Unternehmen nach eigenen Angaben weitere 170 Haushalte neu an. Im vergangenen Jahr waren es rund 150 neu gebaute Anschlüsse. Damit sind etwa 3.770 Grünwalder Wohn- und Gewerbeeinheiten an die Fernwärme durch Erdwärme abgeschlossen – vom Einfamilienhaus über gemeindliche Liegenschaften wie Schulen, Kindergärten und den Freizeitpark bis hin zu Großkunden wie zum Beispiel Bavaria Film, KGAL oder die Schlosspassage.

Bestehende Anlage läuft seit 2013

Das bestehende Geothermiekraftwerk Laufzorn I mit 40 MW ist wärmegeführt und ging 2013 in Betrieb. Die ORC (Organic-Rankine-Cycle)-Anlage produziert nachrangig Strom, um die Quelle optimal auszulasten. Die energetischen Anlagen umfassen bislang eine Produktions- und eine Injektionsbohrung, jeweils rund 4.000 Meter lang, die Tiefenpumpe in rund 780 Meter Tiefe, mit Reserve- und Spitzenlast-Ölkesseln. Eine Power-to-Heat-Anlage nimmt seit Ende 2017 überschüssigen Strom aus dem Netz und trägt dadurch zu dessen Stabilität bei. In der Leitwarte in Laufzorn wird das Geothermie-Heizwerk in der östlichen Nachbargemeinde Unterhaching mitüberwacht.

Seit dem Jahr 2013 existiert eine 5 Kilometer lange Fernwärme-Leitung zwischen dem Kraftwerk in Laufzorn und dem Geothermie-Heizwerk in Unterhaching. Im Jahr 2018 übernahm die Erdwärme Grünwald die benachbarte Geothermie Unterhaching Produktionsgesellschaft schließlich zu 95 Prozent. Parallel wurde damals entschieden, das Kalina-Stromkraftwerk in Unterhaching endgültig abzuschalten.

// VON HEIDI ROIDER

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

UNTERNEHMEN



Quelle: Fotolia / Rawpixel

Bundesverband E-Mobilität stellt Insolvenzantrag

VERBÄNDE. Das Amtsgericht Charlottenburg muss auf Antrag des Bundesverbands E-Mobilität über die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens entscheiden.

Eines haben der ruhmreiche KFC Uerdingen, immerhin 1985 als FC Bayer 05 Uerdingen deutscher Pokalsieger der Männer im Fußball, und der Bundesverband E-Mobilität gemeinsam: Ihr jeweiliger Insolvenzverwalter kommt aus der Kanzlei Voigt Salus.

Wie aus einer Mitteilung des Amtsgerichts Charlottenburg hervorgeht, hat der Bundesverband E-Mobilität (BEM e.V.), vertreten durch die Vorstände Markus Emmert und Christian Heep, einen Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens gestellt. Zum vorläufigen Insolvenzverwalter hat das Gericht am 22. Mai 2025 den Rechtsanwalt Joachim Voigt-Salus bestellt.

Demnach darf der Verband nur noch mit Zustimmung des Insolvenzverwalters über sein Vermögen verfügen. Der vorläufige Insolvenzverwalters habe die Aufgabe, das Vermögen des Schuldners zu sichern und zu erhalten. Außerdem müsse er prüfen, ob das Vermögen des Verbands die Kosten des Verfahrens decken wird.

Mit dem Insolvenzantrag sorgt der Verband wieder für negative Schlagzeilen. Vor einem Jahr hatte er seinem damaligen Vorstandsmitglied, Kurt Sigl, nach einer außerordentlichen Mitgliederversammlung den Stuhl vor die Tür gesetzt.

Vorstandsmitglied von außerordentlicher Mitgliederversammlung abberufen

Damals wollte sich niemand der Beteiligten zu den Gründen äußern. Lediglich Sigl sagte zur Redaktion auf Anfrage, er hätte sich eine „elegantere Art“ für sein Ausscheiden gewünscht. Bereits zuvor wurde in der Öffentlichkeit immer wieder über eine Führungskrise spekuliert.

Am 1. März 2024 war die knappe Mitteilung, der Bundeverband E-Mobilität habe in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung in Berlin beschlossen, das bisherige Vorstandsmitglied Kurt Sigl abzuberufen, erfolgt. „Die Verbandsführung wird weiterhin durch die Vorstände Christian Heep und Markus Emmert ausgeübt“, hieß es damals. Heep und Emmert kündigten an, die Verbandsstrukturen weiterzuentwickeln

und den politischen Stellenwert des Verbands, „als führendem deutschen Branchenverband“, weiter erhöhen zu wollen.

Am 16. Oktober 2024 fand dann die ordentliche Mitgliederversammlung des BEM im hessischen Hanau statt. Die Veranstaltung habe sich durch „einen konstruktiven Austausch und intensive Dialoge“ ausgezeichnet, heißt es in einer offiziellen Mitteilung des Verbands. Es war auch von einem Feedback von Mitgliedern die Rede, die zunächst über einen Austritt nachgedacht hätten, angesichts der „konstruktiven Versammlung“ aber dann doch bleiben wollten. Solche Äußerungen hätten gezeigt, „dass der eingeschlagene Weg breite Zustimmung findet“, hieß es weiter. Einen Hinweis darauf, dass die beiden Vorstände Christian Heep und Markus Emmert von der Mitgliederversammlung in ihrem Amt bestätigt wurden, gibt es allerdings nicht.

Die einzige öffentlich zugängliche Darstellung der finanziellen Situation des BEM findet sich im Lobbyregister des Deutschen Bundestages. Dort ist ein Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht für das Jahr 2023 hinterlegt. Dieser weist ein negatives Betriebsergebnis von 15.140,39 Euro aus, wobei dem betrieblichen Rohertrag von 586.184,64 Euro die Gesamtkosten von 601.325,03 Euro gegenüberstehen. Bei Berücksichtigung weiterer Positionen ergibt sich ein Jahresfehlbetrag für 2023 von 13.234,01 Euro.

Über die aktuelle finanzielle Situation des Verbands wird gegebenenfalls ein Insolvenzverfahren Aufschluss geben. // [VON FRITZ WILHELM](#)

[^ Zum Inhalt](#)

Künstliche Intelligenz löst Kernkraft ab



Kernkraftwerkstandort Neckarwestheim: GKN II (Mitte) und der dazugehörige Kühlturm (unten rechts) sowie GKN I (oben). Quelle: EnBW

IT. Netze BW will in unmittelbarer Nähe des stillgelegten Kernkraftwerks Neckarwestheim (GKN) ein KI-Rechenzentrum bauen. Die Kommunalpolitik hat jetzt erste Weichen gestellt.

Parallel zum laufenden Rückbau der baden-württembergischen Kernkraftwerke GKN I und II will die EnBW-Tochter in direkter Nachbarschaft ein großes KI-Rechenzentrum errichten. Eine Investitionsentscheidung könnte schon 2026 fallen, die Inbetriebnahme idealerweise 2028 erfolgen, wie es in einer Unternehmensmitteilung von Netze BW heißt.

Der Gemeinderat von Neckarwestheim hat in seiner jüngsten Sitzung einem sogenannten Aufstellungsbeschluss zugestimmt. Damit ist der Weg frei für einen entsprechenden Bebauungsplan und andere konkretere Schritte. Generell steht man vor Ort dem Vorhaben positiv gegenüber, von einem Pilotprojekt mit großer Bedeutung für die Kommune ist die Rede und von einer „Chance für die Gemeinde“, wie Bürgermeister Jochen Winkler (parteilos) gegenüber dem *Südwestrundfunk* erklärte.

Netzanschluss als Hauptattraktion

Für Netze BW wiederum macht die bereits vorhandene Infrastruktur den 25-Hektar-Standort zur perfekten Lösung: leistungsfähige Stromanschlüsse und belastbare Sicherheitsstrukturen werden hier angeführt. Vor allem Ersteres ist – zumindest im für das Projekt erforderlichem Umfang – in Süddeutschland nur noch schwer zu finden. Die benötigte Energie soll aus grünen Quellen kommen und die Abwärme der Anlage ins Nahwärmenetz der 2.300-Einwohner-Gemeinde eingespeist sowie für landwirtschaftliche Zwecke genutzt werden. Erste Voruntersuchungen hätten jedenfalls, so fasst man bei Netze BW zusammen, positive Signale für die Weiterplanung ergeben. Auch ein Umweltgutachten sei angestoßen worden.

Interessant dürfte das Projekt nicht nur mit Blick auf die Nachbarstadt Heilbronn sein, wo der „Innovationspark Künstliche Intelligenz (IpaI)“ ansässig ist. In Tübingen gibt es das Cyber Valley und in Stuttgart das Hochleistungsrechenzentrum HLRS. Zu den Investitionskosten wollte man bei Netze BW auf E&M-Anfrage nichts sagen. Ein Sprecher verwies zur Begründung darauf, dass man sich noch in einer „sehr frühen Planungsphase“ befinde.

Batteriespeicher an anderen Atomstandorten

Für andere Standorte von abgeschalteten Reaktoren gibt es ebenfalls alternative Nutzungsformen. Ausschlaggebend auch hier die vorhandene Netzinfrastruktur. Beim Kernkraftwerks Isar bei Landshut wollen die Bayernwerk Natur GmbH und Preussen Elektra einen Speicher mit zunächst 50 MW und einer Kapazität von 100 MWh errichten. Noch größer will der Energiedienstleister Westfalen-Weser ins Thema einsteigen: In der Nähe des Atommeilers Würgassen in Nordrhein-Westfalen ist eine 120-MW-Batterie mit einer Kapazität von 280 MWh geplant. Und vom größten Speicherprojekt Europas ist gar die Rede beim Kernkraftwerksstandort Brokdorf (Schleswig-Holstein): Hier plant Preussen Elektra eine Anlage mit bis zu 800 MW und 1.600 MWh.

GKN I und II

Am baden-württembergischen Kernkraftstandort Neckarwestheim hat EnBW zwei Blöcke des „Gemeinschaftskraftwerks Neckarwestheim (GKN)“ betrieben. Block I wurde 2011 stillgelegt und befindet sich seit 2017 im Rückbau. Der modernere Block II, der ab 1989 Strom produzierte, ging am 15. April 2023 vom Netz. Für den Rückbau des 1.400-MW-Blocks veranschlagt EnBW zehn bis 15 Jahre.

// VON GÜNTER DREWNITZKY

[^ Zum Inhalt](#)

2G Energy schafft weiteren Geschäftsbereich



Quelle: 2G Energy AG

IT. 2G Energy hat den neuen Geschäftsbereich „Data Center Solutions“ geschaffen. Der BHKW- und Wärmepumpenhersteller reagiert damit auf eine steigende Nachfrage.

Der KWK- und Wärmepumpenhersteller 2G Energy aus Heek (Nordrhein-Westfalen) will seine Marktposition im Segment der Rechenzentren stärken und hat dafür einen eigenen Geschäftsbereich gegründet, teilte das Unternehmen am 26. Mai mit. Über den Geschäftsbereich Data Center Solutions sollen künftig Standardlösungen für das Data-Center-Umfeld angeboten werden.

Zum 1. Mai 2025 hat Tamer Turna die Leitung des neu geschaffenen Geschäftsbereichs Data Center Solutions bei 2G Energy übernommen. Mit über 37 Jahren internationaler Erfahrung in der Energiewirtschaft bringt Turna laut 2G technisches, kaufmännisches und strategisches Know-how mit in das Unternehmen. Er arbeitete unter anderem bei MVV und im Eon-Konzern. In den vergangenen Jahren lag sein Fokus insbesondere auf nachhaltigen Energielösungen für Rechenzentren.

2G Energy bietet für die Energieversorgung von Rechenzentren künftig zwei flexible Containerkonzepte an. Die stapelbare Lösung auf Basis des Moduls „avus 1000plus“ ermöglicht laut dem Hersteller mit einer Leistung von 1.035 kW elektrischer Leistung pro Container eine kompakte Bauweise, bei der Container

vertikal gestapelt werden können – so lassen sich etwa auf nur 55 Metern Länge und 14 Metern Breite bis zu 45 MW elektrische Leistung realisieren.

Alternativ steht die Standard-Containerlösung mit dem Modul „avus 2000“ zur Verfügung, die pro Container etwa 2.500 kW elektrische Leistung liefert. Hierbei werden die Container nebeneinander aufgestellt, was besonders für größere Flächen und höhere Leistungseinheiten geeignet ist – beispielhaft können auf einer Fläche von 45 mal 45 Metern rund 50 MW realisiert werden. Weitere Baugrößen und kundenspezifische Lösungen seien auf Anfrage verfügbar.

„Der Bedarf an ausfallsicherer, effizienter und nachhaltiger Energieversorgung in Rechenzentren nimmt rasant zu“, sagt Pablo Hofelich, CSO der 2G Energy AG. „Mit unserer technischen Expertise, skalierbaren Lösungen und nun auch einer spezialisierten Organisationseinheit sind wir optimal aufgestellt, um diesem Bedarf gerecht zu werden.“ 2G Energy habe bereits erfolgreich Projekte im Data-Center-Umfeld realisiert. Nun reagiere das Unternehmen auf die steigende Nachfrage. Neben dem neuen Geschäftsbereich werden auch Montageflächen am Standort Heek erweitert. // VON HEIDI ROIDER

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

[^ Zum Inhalt](#)

Vattenfall plant Schnellladesäulen an 124 Standorten



Quelle: E&M / Katia Meyer-Tien

LADEINFRASTRUKTUR. An bundesweit 124 Standorten will Vattenfall bis 2027 rund 400 neue Schnellladepunkte bauen – auch an Ärztstandorten und bei Supermarktketten.

Der Energiekonzern Vattenfall will den Ausbau seines öffentlichen Ladenetzes in Deutschland beschleunigen und kooperiert dafür mit der Mondial Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH, eine von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) regulierte Kapitalverwaltungsgesellschaft (KVG) mit Sitz in München. Gemeinsam planen die Partner die Installation von rund 400 Schnellladepunkten an bis zu 124 Immobilienstandorten in Deutschland. Darunter finden sich einer Mitteilung der Unternehmen zufolge Ärzthäuser sowie Filialen von Edeka, Rewe und Penny. Der Rollout soll bis Ende 2027 abgeschlossen sein. Mondial übernimmt im Rahmen der Kooperation die Standortentwicklung, während Vattenfall für Aufbau und Betrieb der Ladeinfrastruktur verantwortlich ist.

Die neue Schnellladeinfrastruktur richtet sich, wie es weiter heißt, an Besucher sowie an Mietparteien der jeweiligen Immobilienobjekte. Ziel sei es, Elektromobilität stärker mit alltäglichen Wegen wie Arztbesuchen oder Lebensmitteleinkäufen zu verknüpfen.

Franziska Schuth-Krohn, bei Vattenfall verantwortlich für die Elektromobilitätsaktivitäten in Deutschland, sieht die Partnerschaft als Beitrag zur Alltagstauglichkeit der Elektromobilität. Schnellladepunkte an zentralen Immobilienstandorten machten das Laden für viele Menschen einfacher zugänglich, sagte sie.

Partnerschaft mit Fokus auf ESG-Kriterien

Zum Einsatz kommen Gleichstrom-Schnellladesäulen (DC), die kurze Ladezeiten ermöglichen sollen. Wie eine Vattenfall-Sprecherin auf Anfrage dieser Redaktion mitteilte soll der größte Teil der Standorte Ladesäulen mit einer Ladeleistung von 180 kW erhalten, einige Standorte sollen aber auch mit 400-KW-Säulen ausgestattet werden. Die Nutzung der Ladepunkte soll über die Vattenfall-eigene App „InCharge“ sowie über gängige Roaming-Anbieter möglich sein. Auch eine direkte Bezahlung ohne vorherige Registrierung ist geplant.

Maike Günzel, Geschäftsführerin von Mondial, unterstrich die strategische Bedeutung der Investition. Die geplanten Ladepunkte stärkten die Nachhaltigkeitsbilanz ESG (Environmental Social Governance) der Immobilien und deren Zukunftsfähigkeit. Die Partnerschaft mit Vattenfall passe zum eigenen Anspruch, ökologische Verantwortung mit Nutzerorientierung zu verbinden.

Nach Angaben der Projektpartner sollen erste Standorte bereits im laufenden Jahr mit Ladepunkten ausgestattet werden. Wo genau diese entstehen sollen, gaben sie noch nicht bekannt.

Das schwedische Energieunternehmen Vattenfall betreibt in mehreren europäischen Ländern bereits zehntausende AC- und DC-Ladepunkte, darunter auch in Deutschland. Konzernweit beschäftigt Vattenfall rund 20.000 Mitarbeitende und versorgt etwa 14 Millionen Kunden. Das Unternehmen hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2040 entlang der gesamten Wertschöpfungskette klimaneutral zu wirtschaften.

// VON DAVINA SPOHN

[^ Zum Inhalt](#)

Ein Wärmeverbund für Konstanz



Das Verwaltungsgebäude der Stadtwerke Konstanz. Quelle: SW Konstanz

WÄRME. Gemeinsam mit der Iqony Energies GmbH gründen die Stadtwerke Konstanz eine Projektgesellschaft.

Rund um die Bodensee-Therme Konstanz soll ein Wärmeverbund entstehen. Der Gründung einer entsprechenden Projektgesellschaft mit dem Namen „Wärmeversorgung Bodensee-Therme GmbH“ durch die Stadtwerke Konstanz mit der Iqony Energies GmbH hat jetzt der Konstanzer Gemeinderat zugestimmt. Die Gesellschaft soll bis Ende 2025 entstehen. Ziel der Gesellschaft ist es, im Gebiet rund um die Bodensee-Therme Konstanz einen Wärmeverbund aufzubauen, der zum größten Teil mit aus dem Bodensee gewonnener Umweltwärme (Seethermie) mit anschließender Temperaturerhöhung durch Großwärmepumpen regenerativ versorgt werden soll.

Die Stadtwerke Konstanz planen, in den kommenden Jahren vor dem Hintergrund der städtischen Klimaschutzstrategie und der kommunalen Wärmeplanung in mehreren Gebieten parallel Wärmeverbünde zu errichten. Der dabei anfallende Planungs- und Umsetzungsaufwand wie auch das notwendige Eigenkapital in Höhe von etwa 550 Millionen Euro seien von den Stadtwerken Konstanz alleine nicht zu leisten beziehungsweise aufzubringen, heißt es in einer Mitteilung des Unternehmens. Bereits im vergangenen Jahr habe man daher mit dem Aufsichts- und Gemeinderat die Strategie vereinbart, „für die einzelnen Projekte Kooperationspartner ins Boot zu holen, um die Last organisatorisch wie finanziell auf mehreren Schultern zu verteilen“.

Der Aufbau des Wärmeverbundes rund um die Bodensee-Therme Konstanz ist jetzt das erste Projekt, bei dem eine solche Projektgesellschaft ausgegründet werden soll. Parallel wollen die Stadtwerke Konstanz in den kommenden Monaten die Projektentwicklung bis zur Genehmigungsplanung weiter vorantreiben. „Wir haben diesen Prozess sehr sorgfältig vorbereitet und durchgeführt“, sagt Stadtwerke-Geschäftsführer Gordon Appel. „Es wurde ein Markterkundungsverfahren durchgeführt, bei dem zunächst mögliche Kooperationspartner identifiziert und eine Auswahl für den bevorzugten Kooperationspartner anhand einer engmaschigen Bewertungsmatrix getroffen wurde, die verschiedenste Gesichtspunkte wie beispielsweise Finanzen und Beteiligungsstrukturen einbezog. Der Aufsichtsrat der Stadtwerke sowie der Gemeinderat waren dabei stets eng eingebunden und trafen die Letztentscheidung.“ // VON KATIA MEYER-TIEN

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

[^ Zum Inhalt](#)

EVN zum Halbjahr 2024/25 mit besseren Zahlen



Quelle: Kurhan, Fotolia

BILANZ. Geänderte Bilanzierungsregeln bescheren dem Konzern einen gestiegenen Umsatz. Für den höheren Gewinn waren insbesondere gestiegene Absatzmengen und -preise ausschlaggebend.

Der niederösterreichische Energiekonzern EVN erwirtschaftete im ersten Halbjahr seines Geschäftsjahres 2024/25 einen Umsatz von rund 1,73 Milliarden Euro. Weil er die Vorjahreswerte wegen neuer Bilanzierungsregeln (IFRS 5) rückwirkend anpassen musste, entspricht dies gegenüber dem ersten Halbjahr 2023/24 seinen Angaben zufolge einem Anstieg um 6,6 Prozent. Das Ergebnis vor Steuern, Zinsen und Abschreibungen (Ebitda) erhöhte sich, so berechnet, um 20,1 Prozent auf 512,8 Millionen Euro. Das operative Ergebnis (Ebit) stieg um 27,7 Prozent auf 335,4 Millionen Euro. Ihren Halbjahresgewinn (Ergebnis nach Ertragssteuern) weist die EVN mit 278,5 Millionen Euro aus, was eine Steigerung um 24,9 Prozent bedeutet. Der den Aktionären zuzurechnende Gewinn (Konzernergebnis) belief sich auf 250,6 Millionen Euro und erhöhte sich damit um 25,7 Prozent.

Halbjahresgewinn um fast 25 Prozent gestiegen

Aufgrund der IFRS 5 ist es unter anderem nötig, die zum Verkauf an den Baukonzern Strabag vorgesehenen Teile des internationalen Projektgeschäfts der EVN als „aufgegebenen Geschäftsbereich“ zu bilanzieren. Ohne die Anwendung der IFRS 5, wäre der Halbjahresumsatz der EVN um rund 3,9 Prozent gesunken. Das Ergebnis nach Ertragssteuern hätte sich dagegen unverändert um 24,9 Prozent erhöht. Auch der Anstieg des Konzernergebnisses wäre mit 25,7 Prozent gleich geblieben.

Operativ betrachtet, führt die EVN die besseren Werte auf höhere Absatzmengen und -preise zurück. Im Wärmegeschäft wirkten sich überdies die „kühleren Temperaturen im Winterhalbjahr“ positiv aus. Deutlich verbessert hat sich insbesondere das Ergebnis der Vertriebsgesellschaft EVN KG: Sie konnte ihren Halbjahresverlust von 128,5 Millionen Euro auf 11,1 Millionen Euro verringern.

Für das am 30. September endende Geschäftsjahr 2024/25 prognostiziert die EVN ein Konzernergebnis von etwa 400 bis 440 Millionen Euro. Gegenüber dem Geschäftsjahr 2023/24 wäre dies ein Rückgang um 6,7 bis 15,2 Prozent. Als Grund nennt das Unternehmen insbesondere die „Rückkehr der Termin- und Spotmarktpreise für Strom auf Normalniveau“.

Erneuerbaren-Anteil gesunken

Wegen des schlechteren Wind- und Wasserdargebots verringerte sich die Stromerzeugung der EVN mittels erneuerbarer Energien im ersten Halbjahr um 16,4 Prozent auf 1,07 Milliarden kWh. Dem gegenüber stieg die Stromproduktion in der mit Erdgas betriebenen Kraft-Wärme-Kopplung Theiß, etwa 65 Kilometer westlich von Wien, um 54,3 Prozent auf 199 Millionen kWh. Der Grund dafür ist, dass Theiß verstärkt zum Engpassmanagement herangezogen wurde. Infolge dieser Entwicklungen sank der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromproduktion der EVN um rund 6,5 Prozentpunkte auf 84,3 Prozent.

Ihren Ausbau der Erneuerbaren setzt die EVN fort. Dem Aktionärsbrief zufolge nahm sie im ersten Halbjahr einen Windpark mit 22,2 MW sowie zwei Photovoltaikanlagen mit insgesamt 12,5 MW in Betrieb. Damit erhöhte sich die Gesamtleistung der Windparks der EVN auf rund 500 MW, jene ihrer Solarkraftwerke auf 100 MW. Geplant ist, die Windkraft-Kapazitäten bis einschließlich 2030 auf 770 MW und die Leistung der PV-Anlagen auf 300 MW zu steigern. Bis Jahresende möchte die EVN einen neuen Windpark mit 28,8 MW

in Betrieb nehmen und die Leistung eines weiteren Parks von 14,4 auf 47,6 MW mehr als verdreifachen. Ferner arbeitet sie an sieben neuen PV-Anlagen mit insgesamt rund 33 MW. // [VON KLAUS FISCHER](#)

[^ Zum Inhalt](#)

Jörg Waniek neuer Chef des Braunkohleverbands



Quelle: Pixabay / Gerd Altmann

PERSONALIE. Der Deutsche Braunkohlen-Industrie-Verein (Debriv) hat auf dem diesjährigen Braunkohlentag in Halle/Saale den Leag-Personalvorstand Jörg Waniek zum neuen Vorstandsvorsitzenden gewählt.

Jörg Waniek ist seit 2019 Personalvorstand der Lausitz Energie Bergbau AG und Lausitzer Energie Kraftwerke AG (Leag). Auf dem diesjährigen Braunkohlentag in Halle/Saale wählte ihn der Deutsche Braunkohlen-Industrie-Verein (Debriv) zum neuen Vorstandsvorsitzenden. Er folgt im Vorsitz des Debriv-Vorstands auf Philipp Nellessen, der zum 30. Juni 2025 bei der Leag ausscheidet und auf dem Braunkohlentag das Amt des Debriv-Vorstandsvorsitzenden niederlegte. Nellessen war seit 2021 Vorstand Produktion bei der Leag und seit 2022 Vorstandsvorsitzender des Debriv. Er wird ins Ruhrgebiet zurückkehren.

Der 56-jährige Jurist Jörg Waniek hat an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen und der Universität Bayreuth Jura studiert und mit dem 1. und 2. Staatsexamen abgeschlossen. Von 1998 bis 2002 war er bei der Mitteldeutschen Energieversorgung AG (Meag) in Halle als Justitiar und in der Unternehmensentwicklung tätig und von 2002 bis 2009 bei der Envia Mitteldeutsche Energie AG in Chemnitz, wo er die Bereiche Personalservice und Strategisches Personalmanagement verantwortete. Es folgte der Wechsel als Leiter Personalmanagement zur Vattenfall Europe Mining AG und Vattenfall Europe Generation AG, die seit 2016 unter der Marke Leag firmieren.



Leag Personalvorstand Jörg Waniek wird neuer Debriv-Chef

Quelle: Leag

// [VON SUSANNE HARMSEN](#)

[^ Zum Inhalt](#)

Nextwind beruft Lisa-Sophie Kleiss zur CFO



Quelle: Pixabay / Gerd Altmann

PERSONALIE. Das Repowering-Unternehmen Nextwind holt Lisa-Sophie Kleiss als neue Finanzchefin ins Unternehmen. Die Managerin übernimmt die CFO-Rolle ab dem 1. Juli 2025.

Das Berliner Unternehmen Nextwind, spezialisiert auf Repowering von Onshore-Windparks, hat Lisa-Sophie Kleiss zur neuen Finanzchefin (Chief Financial Officer, CFO) ernannt. Kleiss wird ihre neue Funktion zum 1. Juli 2025 antreten und verantwortet künftig den gesamten Finanzbereich des Unternehmens. Die Position wurde neu im Unternehmen geschaffen.

Laut Nextwind soll die Berufung der Managerin die strategische Weiterentwicklung und das künftige Wachstum absichern. Co-CEO Lars B. Meyer erklärte, Kleiss bringe umfassende Erfahrung sowohl im Finanzwesen als auch in der Unternehmenstransformation mit. „Sie wird im Finanzbereich das gleiche Maß an Innovation einbringen, das wir in unserem Geschäftsmodell verfolgen“, sagte Meyer. Mit ihrer Ernennung sei das Vorstandsteam komplett.

Kleiss war zuletzt beim Medien- und Technologieunternehmen Axel Springer tätig, wo sie als Senior Vice President Corporate Controlling & Development die Finanzplanung und -analyse verantwortete. Zuvor war Kleiss bei Deloitte im Bereich Business Transformation und Business Process Outsourcing tätig. Anschließend wechselte sie zur Boston Consulting Group, wo sie branchenübergreifend große Transformationsprojekte leitete.

Kleiss sagte zu ihrer neuen Rolle: „Der Innovations- und Nachhaltigkeitsanspruch von Nextwind entspricht voll und ganz meinen Überzeugungen.“ Sie wolle dazu beitragen, die finanziellen und operativen Grundlagen für die ehrgeizigen Wachstumspläne zu schaffen und so einen Beitrag zur Energiewende leisten. Nextwind mit Sitz in Berlin fokussiert sich auf den Erwerb und das Repowering älterer Onshore-Windparks in Deutschland.



Lisa-Sophie Kleiss, neue Finanzchefin bei Nextwind ab 1. Juli 2025

Quelle: Nextwind

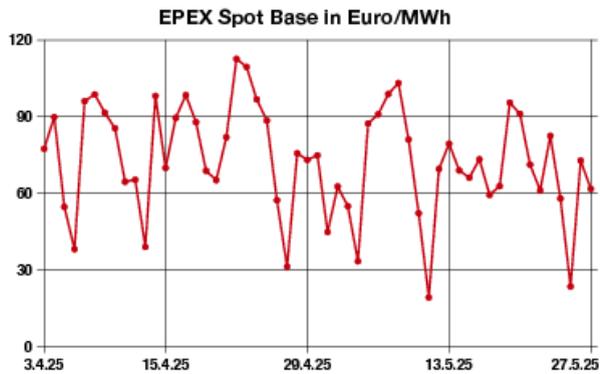
// VON SUSANNE HARMSEN

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

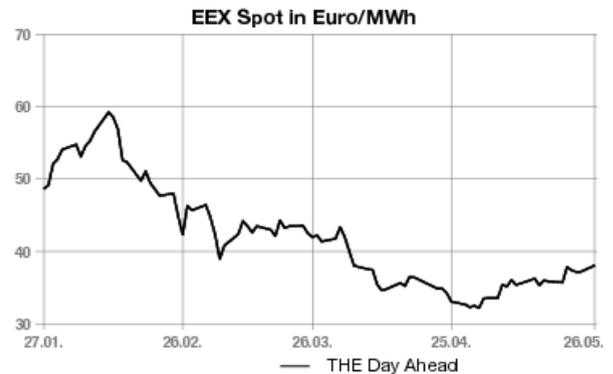
[^ Zum Inhalt](#)

MARKTBERICHTE

STROM



GAS



Festere Notierungen bei reduzierter Liquidität im Markt



Quelle: E&M

MARKTKOMMENTAR. Wir geben Ihnen einen tagesaktuellen Überblick über die Preisentwicklungen am Strom-, CO₂- und Gasmarkt.

Fester haben sich die Energiemärkte zum Wochenaufstart gezeigt. Nachdem US-Präsident Donald Trump den Beginn seiner drastischen Zollerhöhung gegen EU-Importe verschoben hatte, legten die Aktien- wie die Energiemärkte aus Erleichterung zu. Die zusätzlichen Zölle von 50 Prozent auf Einfuhren aus der EU sollen erst ab 9. Juli erhoben werden, falls es bis dahin keinen neuen „Deal“ zu den Handelsbeziehungen gibt. Wegen eines Bankfeiertags im Vereinigten Königreich und wegen des Memorial Day in den USA blieben allerdings dort sehr viele Handelstische unbesetzt. Das machte sich auch an den europäischen Energiemärkten in einer verminderten Dynamik und geringeren Umsätzen bemerkbar.

Strom: Fester hat sich der deutsche OTC-Strommarkt am Montag gezeigt. Der Dienstag wurde mit 62,00 Euro je Megawattstunde im Base und 41,50 Euro je Megawattstunde im Peak bewertet. Börslich wurde der Day-ahead mit 61,85 in der Grundlast und 41,24 Euro in der Spitzenlast gesehen. Ursächlich für die relativ schwachen Day-ahead-Preise ist die starke Erneuerbaren-Einspeiseleistung von 33,2 Gigawatt, die für den Dienstag erwartet wird. Für den Mittwoch prognostizieren die Meteorologen von Eurowind sogar einen Beitrag von Wind- und Sonnenstrom in Höhe von 37,2 Gigawatt. Das Monatsende bis einschließlich 1. Juni soll demnach Einspeiseleistungen der Erneuerbaren zwischen 22,6 Gigawatt und 35,8 Gigawatt aufweisen. Am langen Ende des deutschen Strommarktes gewann das Cal 26 um 2,03 auf 90,09 Euro je Megawattstunde hinzu und überwand damit die psychologisch bedeutsame 90-Euro-Marke.

CO₂: Die CO₂-Preise haben zum Wochenstart im Verbund mit Strom und Gas zugelegt. Der Dec 25 gewann bis 13:13 Uhr 1,32 auf 72,88 Euro je Tonne. Umgesetzt wurden bis zu diesem Zeitpunkt feiertagsbedingt sehr geringe 7,3 Millionen Zertifikate. Das Hoch lag bei 73,37 Euro, das Tief bei 72,00 Euro. Analysten verweisen als bullischen Impuls auf das sehr geringe Angebot am Primärmarkt in der laufenden Woche. Laut dem Analysehaus Vertis werden bei den beiden einzigen Auktionen in dieser Woche am Dienstag und Mittwoch insgesamt nur 5,32 Millionen Zertifikate veräußert. In der Vorwoche hatte das Angebot noch 11,34 Millionen Zertifikate betragen.

Erdgas: Die europäischen Gaspreise haben am Montag etwas zugelegt. Der Frontmonat am niederländischen TTF gewann bis gegen 13:00 Uhr 0,310 auf 36,650 Euro je Megawattstunde. Am Freitag hatten die Preise noch etwas nachgegeben, doch nachdem US-Präsident Donald Trump seine Zolldrohungen entschärft hat, zieht Gas im Verbund mit Strom und CO₂ etwas an. Unterstützend wirkt sich

dabei der Höhepunkt der norwegischen Wartungssaison in diesem Halbjahr aus, der auf den Berichtstag fällt. Die Minderkapazitäten belaufen sich auf 110,50 Millionen Kubikmeter, darin enthalten sind nichtgeplante Wartungen im Feld Troll, die mit 34,6 Millionen Kubikmetern zu Buche schlagen. Doch bereits am Dienstag sollen die Minderkapazitäten auf rund 50 Millionen Kubikmeter zurückgehen. Als einigermaßen neutral dürften sich die kurzfristigen Wetteraussichten für den Gasmarkt erweisen.

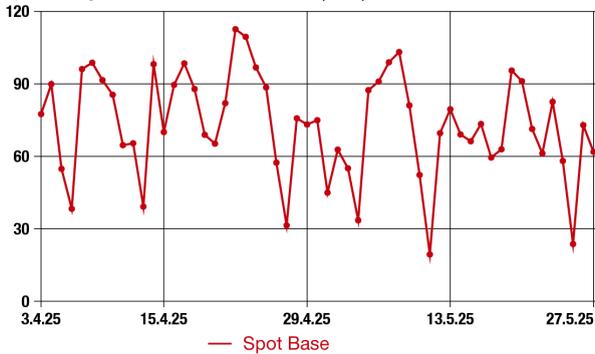
// VON CLAUS-DETLEF GROSSMANN

[^ Zum Inhalt](#)

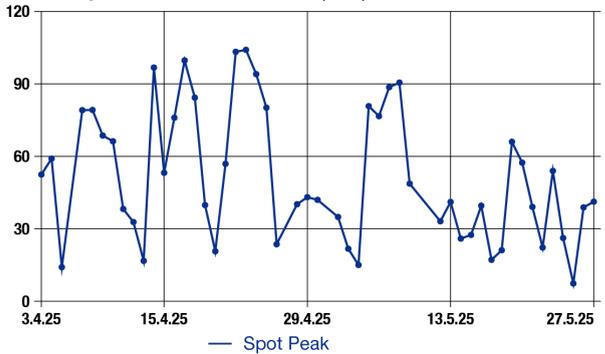
ENERGIEDATEN:

Strom Spotmarkt

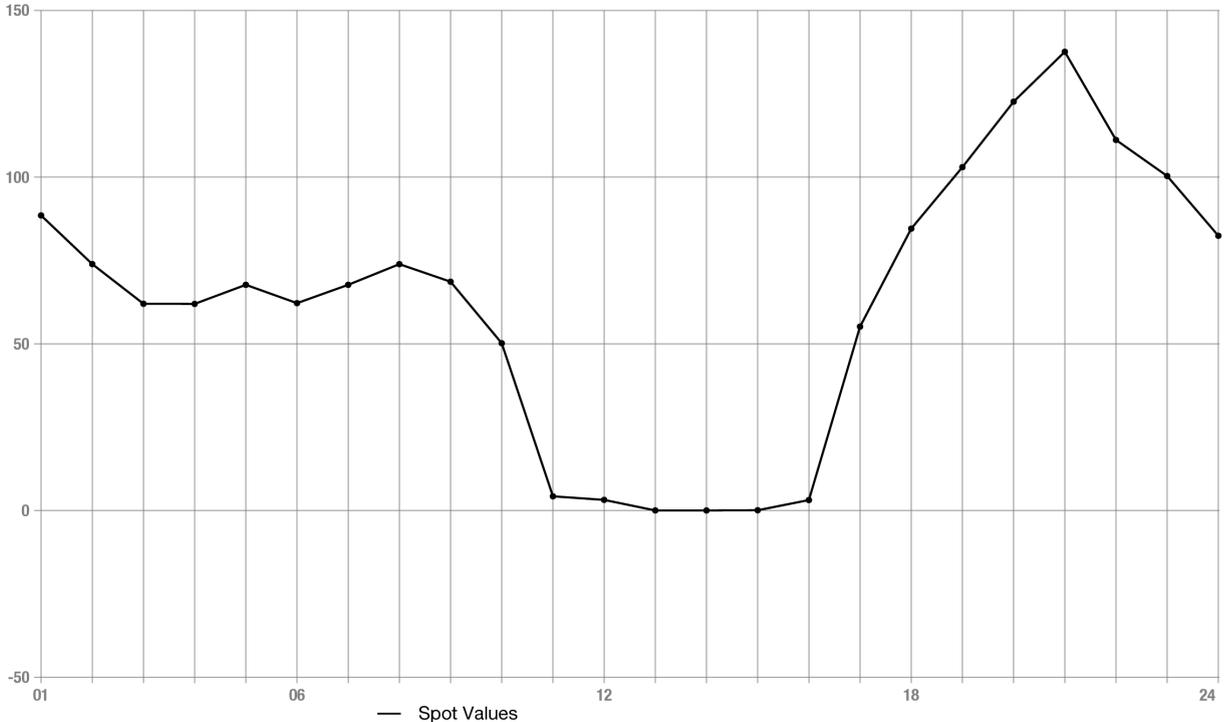
EPEX Spot Base in Euro/MWh (EEX)



EPEX Spot Peak in Euro/MWh (EEX)



EPEX Spot Stundenverlauf in Euro/MWh (EEX)



Strom Terminmarkt

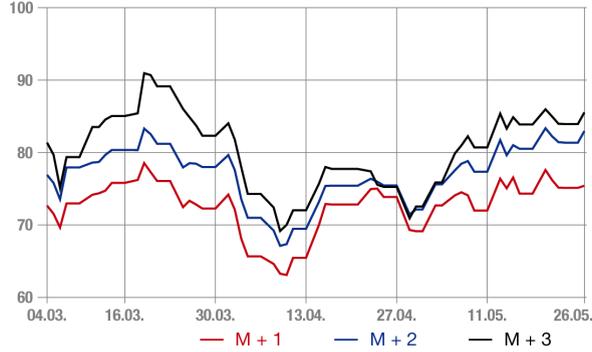
Terminmarktpreise Base in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	26.05.25	German Power Jun-2025	75,41
M2	26.05.25	German Power Jul-2025	82,95
M3	26.05.25	German Power Aug-2025	85,53
Q1	26.05.25	German Power Q3-2025	86,92
Q2	26.05.25	German Power Q4-2025	98,57
Q3	26.05.25	German Power Q1-2026	100,34
Y1	26.05.25	German Power Cal-2026	91,00
Y2	26.05.25	German Power Cal-2027	81,05
Y3	26.05.25	German Power Cal-2028	71,25

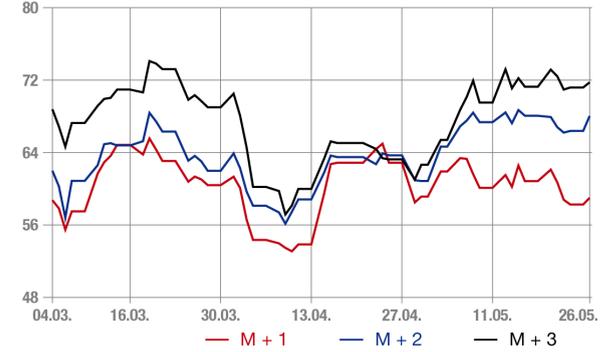
Terminmarktpreise Peak in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	26.05.25	German Power Jun-2025	58,99
M2	26.05.25	German Power Jul-2025	68,03
M3	26.05.25	German Power Aug-2025	71,75
Q1	26.05.25	German Power Q3-2025	78,11
Q2	26.05.25	German Power Q4-2025	123,12
Q3	26.05.25	German Power Q1-2026	120,20
Y1	26.05.25	German Power Cal-2026	98,37
Y2	26.05.25	German Power Cal-2027	90,60
Y3	26.05.25	German Power Cal-2028	80,90

Frontmonate Base in Euro/MWh (EEX)



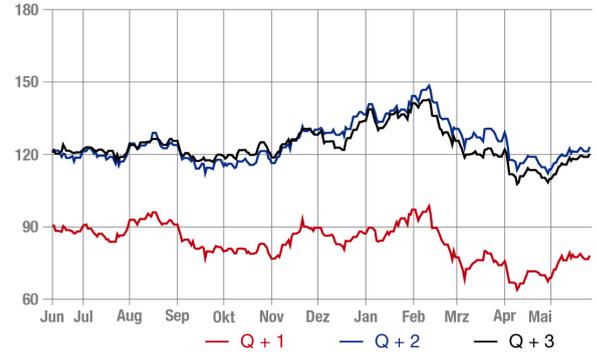
Frontmonate Peak in Euro/MWh (EEX)



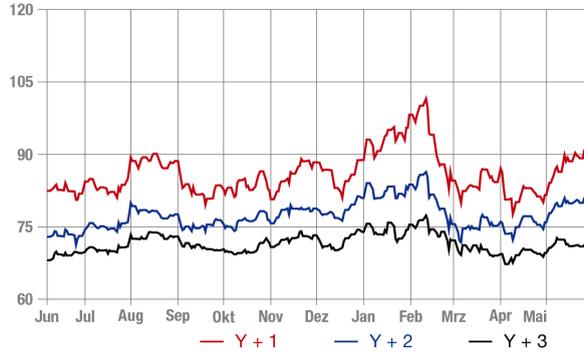
Frontquartale Base in Euro/MWh (EEX)



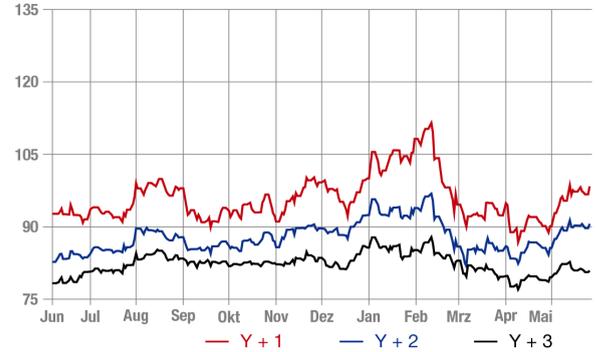
Frontquartale Peak in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Base in Euro/MWh (EEX)



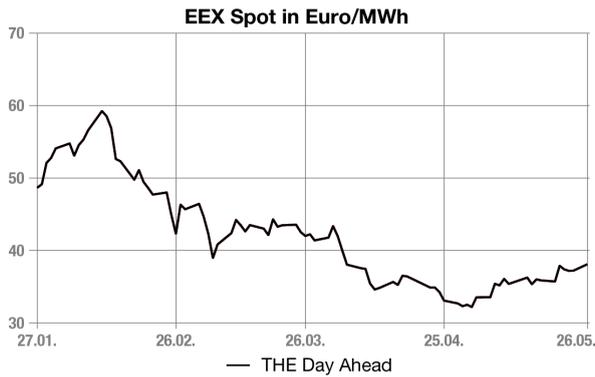
Frontjahre Peak in Euro/MWh (EEX)



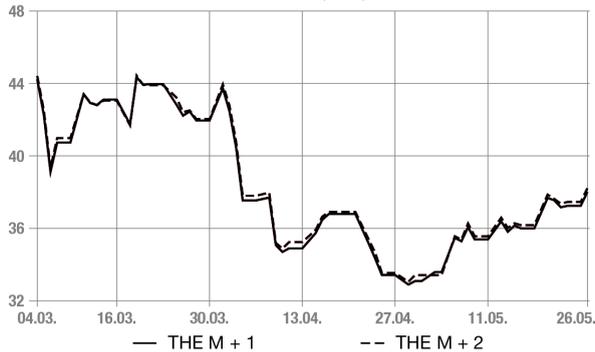
Gas Spot- und Terminmarkt

Terminmarktpreise THE in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	26.05.25	German THE Gas Mai-2025	38,01
M2	26.05.25	German THE Gas Jun-2025	38,21
Q1	26.05.25	German THE Gas Q3-2025	38,45
Q2	26.05.25	German THE Gas Q4-2025	40,00
S1	26.05.25	German THE Gas Win-2025	40,06
S2	26.05.25	German THE Gas Sum-2026	35,98
Y1	26.05.25	German THE Gas Cal-2026	37,16
Y2	26.05.25	German THE Gas Cal-2027	32,11



Frontmonate THE in Euro/MWh (EEX)



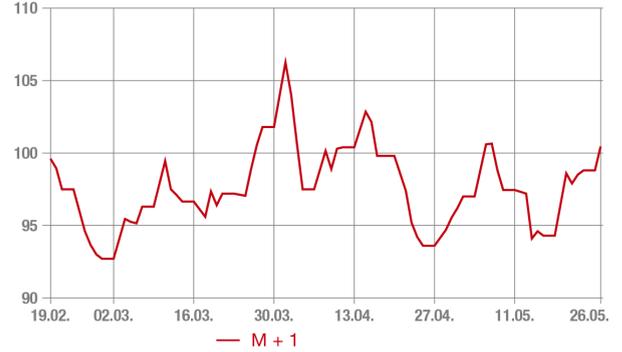
Frontjahre THE in Euro/MWh (EEX)



Strom, CO2, und Kohle

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
Germany Spot base	26.05.25	61,85	EUR/MWh
Germany Spot peak	26.05.25	41,24	EUR/MWh
EUA Jun 2025	26.05.25	72,23	EUR/tonne
Coal API2 Jun 2025	26.05.25	100,45	USD/tonne

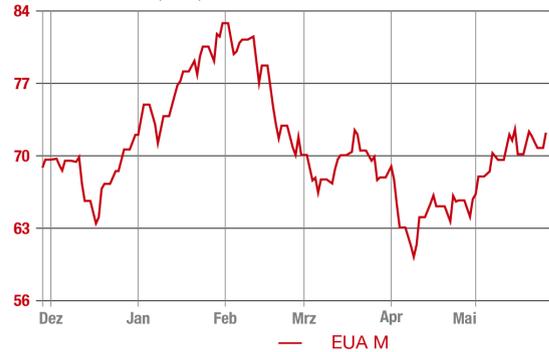
Frontmonat Kohle API2 in USD/t (ICE)



Gas und Öl

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
German THE Gas Day Ahead	26.05.25	38,10	EUR/MWh
German THE Gas Jun-2025	26.05.25	38,01	EUR/MWh
German THE Gas Cal-2026	26.05.25	37,16	EUR/MWh
Crude Oil Brent Jul-2025	26.05.25	64,74	USD/tonne

EUA in Euro/t (EEX)



E&M STELLENANZEIGEN



Professur (W 2) Solar Energy and Building Automation

Gesucht wird eine Persönlichkeit, die das Fachgebiet in Lehre sowie angewandter Forschung und Ent...
in Amberg

30.04.2025



Ingenieur Elektrotechnik - Netzbetrieb Strom (m|w|d)

Die Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH (MITNETZ STROM) mit Geschäftsadresse in Kabelsk...
in Kabelsketal

vor 2 h

● Ausbildung



Projektleiter (m/w/d) Strategischer Einkauf Windkraftanlagen

Arbeite mit uns an einer zukunftsfähigen Energieversorgung! Wir machen Erneuerbare aus Überzeugu...
in Mainz

vor 2 h

● Projektleitung ● Freie Mitarbeit ● Weiterbildung / Flexible Arbeitszeit / Mitarbeitererevents



Kaufmännischer Projektmanager im Bereich After Sales Erneuerbare Energien (m/w/d)

Arbeite mit uns an einer zukunftsfähigen Energieversorgung! Wir machen Erneuerbare aus Überzeugu...
in Mainz

vor 2 h

● Ausbildung / Freie Mitarbeit ● Weiterbildung / Flexible Arbeitszeit / Mitarbeitererevents



Projektmanager (m/w/d) Erneuerbare Energien

Arbeite mit uns an einer zukunftsfähigen Energieversorgung! Wir machen Erneuerbare aus Überzeugu...
in Walluf

vor 2 h

● Freie Mitarbeit ● Weiterbildung / Flexible Arbeitszeit / Mitarbeitererevents

[WEITERE STELLEN GESUCHT? HIER GEHT ES ZUM E&M STELLENMARKT](#)

IHRE E&M REDAKTION:

Stefan Sagmeister (Chefredakteur, CVD print, Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Energiehandel, Finanzierung, Consulting
   

Fritz Wilhelm (stellvertretender Chefredakteur, Büro Frankfurt)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung
  

Davina Spohn (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: IT, Solar, Elektromobilität
 

Georg Eble (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Windkraft, Vermarktung von EE
 

Günter Drewnitzky (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Erdgas, Biogas, Stadtwerke
 

Heidi Roider (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: KWK, Geothermie
 

Susanne Harmsen (Büro Berlin)
Schwerpunkte: Energiepolitik, Regulierung
  

Katia Meyer-Tien (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung, Stadtwerke
  

Korrespondent Brüssel: **Tom Weingärter**
 Korrespondent Wien: **Klaus Fischer**
 Korrespondent Zürich: **Marc Gusewski**
 Korrespondenten-Kontakt: **Atousa Sendner**
 

Darüber hinaus unterstützt eine Reihe von freien Journalisten die E&M Redaktion.
 Vielen Dank dafür!

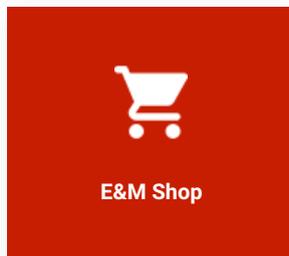
Zudem nutzen wir Material der Deutschen Presseagentur und Daten von MBI Infosource.

Ständige freie Mitarbeiter:

Volker Stephan

Manfred Fischer

Mitarbeiter-Kontakt: **Atousa Sendner**



IMPRESSUM

Energie & Management Verlagsgesellschaft mbH

Schloß Mühlfeld 20 - D-82211 Herrsching

Tel. +49 (0) 81 52/93 11 0 - Fax +49 (0) 81 52/93 11 22

info@emvg.de - www.energie-und-management.de**Geschäftsführer:** Timo Sendner**Registergericht:** Amtsgericht München**Registernummer:** HRB 105 345**Steuer-Nr.:** 117 125 51226**Umsatzsteuer-ID-Nr.:** DE 162 448 530

Wichtiger Hinweis: Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass die elektronisch zugesandte E&M daily nur von der/den Person/en gelesen und genutzt werden darf, die im powernews-Abonnementvertrag genannt ist/sind, bzw. ein Probeabonnement von E&M powernews hat/haben. Die Publikation - elektronisch oder gedruckt - ganz oder teilweise weiterzuleiten, zu verbreiten, Dritten zugänglich zu machen, zu vervielfältigen, zu bearbeiten oder zu übersetzen oder in irgendeiner Form zu publizieren, ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung durch die Energie & Management GmbH zulässig. Zuwiderhandlungen werden rechtlich verfolgt.

© 2025 by Energie & Management GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Gerne bieten wir Ihnen bei einem Nutzungs-Interesse mehrerer Personen attraktive Unternehmens-Pakete an!

Folgen Sie E&M auf:



